Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

PRESSEMITTEILUNG

Staatskanzlei untergräbt Gute Arbeit und Tarifbindung. Unternehmen, die Lohndumping betreiben, werden per Erlass bevorteilt.
13. Juli 2015

Durch einen neuen Erlass der Landesregierung wird die Entlohnung zu Tarifbindungen in europäischen Projekten des Landes Niedersachsen massiv torpediert, gleichzeitig wird Lohndumping belohnt. Der Erlass regelt, dass Lohnkosten in Zukunft durch Pauschalen abgerechnet werden, die unterhalb des Tarifniveaus liegen. Die Folge: Träger von europäischen Projekten, die nach Tarif bezahlen, machen Verlust, wohingegen Träger, die ihre Beschäftigten untertariflich bezahlen, sogar Gewinne durch die Förderung einfahren werden.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Niedersachsen Hartmut Tölle kritisiert scharf: „Dieser Erlass ist ohne Mitwirkung des Begleitausschusses für EU-Förderung entstanden. Bisher hat die Landesregierung auf die Kernmarke Gute Arbeit durch Tarifbindung und Sozialpartnerschaft gesetzt und hier in enger Zusammenarbeit mit dem DGB auch im Feld der Förderpolitik in der jüngeren Vergangenheit wichtige Pflöcke eingeschlagen. Dieser Grundsatz der niedersächsischen Regierungspolitik wird nun durch den Erlass der Staatskanzlei in sein Gegenteil verkehrt. Frau Staatssekretärin Honé hat den DGB vor vollendete Tatsachen gestellt und dadurch einen politischen Scherbenhaufen angerichtet. Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung, besonders von Ministerpräsident Weil und Wirtschaftsminister Lies, ist durch diesen Erlass nachhaltig bedroht."

Bereits am vergangenen Freitag hat der DGB in einem kurzfristig anberaumten Gespräch auf Fachebene in der Staatskanzlei seine Ablehnung der neuen Förderstrategie der Lohnpauschalen im Detail erläutert und eine Rückkehr zur Spitzabrechnung bei Lohnkosten gefordert. Das Treffen blieb ohne Ergebnis.

Hartmut Tölle dazu: „Dieser katastrophale Erlass muss zurückgenommen werden. Andernfalls wird dies die Beziehung zwischen der Landesregierung und dem DGB nachhaltig belasten. Der DGB wird sich jedenfalls nicht für eine Feigenblattpolitik einspannen lassen, bei der Gute Arbeit lediglich propagiert wird, die aber real Tarifflucht und Lohndumping fördert."

Bezirkspressestelle

PM 033

Tina Kolbeck-Landau
Pressesprecherin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

tina.kolbeck@dgb.de

Telefon: 0511-12601-0
Telefax: 0511-12601-57

TKL/HT

Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

V.i.S.d.P.: Tina Kolbeck-Landau